



Gemeinsame Erklärung des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg und der 16 Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister sowie des Stadtbürgermeisters von Stromberg zur Erhöhung der Nivellierungssätze zur Grundsteuer und zur Gewerbesteuer durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz

Landesregierung zwingt die Kommunen zur Erhöhung der Hebesätze und belastet die Menschen vor Ort damit zusätzlich

Die vorgesehene Anpassung der Nivellierungssätze bei der Grundsteuer A von 300 Prozent auf 345 Prozent, bei der Grundsteuer B von 365 Prozent auf 465 Prozent und der Gewerbesteuer von 365 Prozent auf 380 Prozent ist eine Steuererhöhung durch die Hintertür für die Bürgerinnen und Bürger in der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg. Sie stellt gleichzeitig eine zusätzliche Mehrbelastung sowie einen erheblichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Daher kritisieren wir diese Entscheidung der Landesregierung scharf. In Zeiten hoher Unsicherheit, einer Rekordinflation, steigender Lebensmittelpreise und explodierender Energiekosten, die Grund- und Gewerbesteuer vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Gewerbetreibende durch die Landesgesetzgebung zu erhöhen, halten wir für nicht angemessen und für den absolut falschen Zeitpunkt. Es ist Zeit für Entlastungen und nicht für Mehrbelastungen.

Vielen Kommunen müssen aufgrund ihrer schlechten Finanzlage und nicht ausgeglichener Haushalte dieser Erhöhung durch einen entsprechenden Ratsbeschluss zustimmen. Ansonsten drohen erhebliche finanzielle Nachteile, wie die Nichtgenehmigung des Haushalts und die Verweigerung von Fördermitteln sowie Liquiditäts- und Investitionskrediten. Das würde für viele Kommunen, auch in unserer Verbandsgemeinde, faktisch einen Stillstand bedeuten. Dann wären beispielsweise Investitionen in Kindergärten, Spielplätze, Straßen, Dorfgemeinschaftshäuser so nicht mehr möglich. Durch diese aufgezwungene Steuererhöhung wird die Inflation regional künstlich weiter steigen und neben Eigentümern auch Mieterinnen und Mieter zusätzlich belasten, da die Grundsteuer voll umlagefähig ist.

In der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg liegen derzeit alle Gemeinden unter den neuen Nivellierungssätzen für die Grundsteuer A (345 %) und für Grundsteuer B (465 %). Daher wird es auch hier zu erheblichen Steuererhöhungen kommen. Uns ist es wichtig zu verdeutlichen, dass nicht der Bürgermeister und die Ratsmitglieder diejenigen sind, die vor Ort die Steuern erhöhen wollen, sondern sie durch die Landesregierung dazu gezwungen werden. Wir bitten daher, den absolut verständlichen Ärger an die Landesregierung und nicht an die ehrenamtlichen Ratsmitglieder und Bürgermeister zu richten.

Die erzwungene Anhebung der Steuersätze ist ein völlig falsches Signal zur falschen Zeit. Wir sprechen uns klar gegen diese Erhöhung der Nivellierungssätze und der damit verbundenen Steuererhöhung durch die Hintertür aus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende zu entlasten und nicht weiter zu belasten. Zumal es mit der Grundsteuerreform, die im Jahr 2025 in Kraft tritt, in wenigen Jahren erneut zu einer Steuererhöhung kommen wird.

Entgegen dem Versprechen des Gesetzgebers, dass die Grundsteuerreform aufkommensneutral durchgeführt werden soll, zeichnet sich schon jetzt ab, dass das Modell, das in Rheinland-Pfalz angewendet werden soll, vor allem bei alten Häusern zur erheblichen Steuererhöhung führen wird. Daher fordern wir ein Moratorium für Landesvorgaben zu Gemeindesteuern, die die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende direkt belasten, für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren. Die Zeit von immer höheren Belastungen muss endlich ein Ende haben.

Michael Cyfka
Bürgermeister Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg

Horst Rienecker
Ortsbürgermeister Daxweiler

Marlene Hölz
Ortsbürgermeisterin Dorsheim

Elke Demele
Ortsbürgermeisterin Guldental

Barbara Sand
Ortsbürgermeisterin Laubenheim

Manfred Wein
Ortsbürgermeister Rümmelsheim/Burg-Layen

Dr. Alexander Dejon
Ortsbürgermeister Schweppenhausen

Claus-Werner Dapper
Stadtbürgermeister Stromberg

Hanspeter Straub
Ortsbürgermeister Warmsroth

Olaf Budde
Ortsbürgermeister Bretzenheim

Harald Scholl
Ortsbürgermeister Dörrebach

Christoph Braun
Ortsbürgermeister Eckenroth

Prof. Bernhard Wolf
Ortsbürgermeister Langenlonsheim

Helmut Höning
Ortsbürgermeister Roth

Heinz-Dieter Wopen
Ortsbürgermeister Schöneberg

Ralf Gordon Noch
Ortsbürgermeister Seibersbach

Thorsten Strauß
Ortsbürgermeister Waldlaubersheim

Volker Stern
Ortsbürgermeister Windesheim